



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
25.09.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Unternehmen macht Millionen im Atom-Sektor	4
24.09.2025 WiWo.de (Wirtschaftswoche): Betreiber des Atomkraftwerks Hamm-Uentrop ist insolvent	6
25.09.2025 Westfälischer Anzeiger - Hammer Zeitung: Betreiber von Kernkraftwerk insolvent	8
25.09.2025 noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung): Brennelementefertigung in Lingen: Warum bei ANF Fässer mit Abfall aus 50 Jahren lagern	10
25.09.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Sicherheitstechnik gefragt	12

Unternehmen macht Millionen im Atom-Sektor

SEAR rüstet neues EU-Kernlabor mit Sicherheitstechnik aus / Neues Bundesgesetz könnte Millionengeschäfte einbringen

Zwischenlager hat das Unternehmen SEAR bereits gesichert, nun folgt ein Riesenlabor für Nuklearmaterial - im Auftrag der EU. Die Rostocker sind groß im Atom-Geschäft. Ein neues Gesetz aus Berlin könnte noch mehr Millionendeals einbringen.

Deutschland ist „ausgestiegen“, hat alle Meiler vom Netz genommen. Doch ein gutes Geschäft ist die Atomkraft noch immer - auch für ein Rostocker Unternehmen: Die SEAR-Gruppe aus Schmarl ist bundesweit gefragt, wenn es darum geht, Nuklearanlagen zu schützen. Jetzt hat das Unternehmen einen Sechs-Millionen-Euro-Deal mit der EU-Kommission an Land gezogen.

„Und der Geschäftsbereich wird wachsen. Der Schutz kritischer Infrastruktur ist eine Mammutaufgabe in Deutschland“, sagt SEAR-Co-Chef Michael Schmidt. Gerade hat der Bund neue Regeln für den Schutz von Umspannwerken, Krankenhäusern und Co verabschiedet.

Bisher kennen sich die Rostocker vor allem mit Atomanlagen aus: Zwischenlager, „kerntechnische Anlagen“ - viele solch besonders schutzwürdiger Standorte in Deutschland haben die Rostocker mit Sicherheitssystemen ausgerüstet. Sei es außen herum oder auch in den Lagern selbst.

Für das Zwischenlager Nord und das Entsorgungswerk für Nuklearanlagen

(EWN) in Lubmin installierte SEAR vor einigen Jahren beispielsweise Überwachungstechnik für die Lüftungsanlage. Das ist bekannt. Viele andere Projekte sind geheim. „Es gibt nicht viele Firmen, die können, was wir können - und die auch noch die entsprechenden Sicherheitsanforderungen erfüllen“, sagt Firmenchef Schmidt.

Er und seine Mitarbeiter seien auch vor dem jüngsten Auftrag der EU gründlich „durchleuchtet“ worden: In Karlsruhe baut die gemeinsame Atom-Forschungseinrichtung der EU, das JRC, ein neues Labor. Hier sollen Gefahren rund um Entsorgung und Lagerung von Atommüll untersucht werden. Auch an „echtem“ radioaktiven Material.

Und dass dieses strahlende Material auch wirklich im sogenannten Flügel M des JRC bleibt - dafür sorgen die Rostocker. Brandschutzanlagen, Zaundetektoren, Zutrittskontrollen, Videoüberwachung und Schutz gegen Angriffe, zum Beispiel mit Lastwagen. „Bis 2028 werden wir in Karlsruhe zu tun haben“, sagt Schmidt. Sechs Millionen Euro lässt sich die EU allein den Beitrag der Rostocker kosten. Die Anla-

gen werden in Rostock entworfen, geplant, zusammengebaut, abgenommen und dann haarklein in Karlsruhe wiederaufgebaut. Und Schmidt geht davon aus, dass es nicht der letzte Atom-Auftrag sein wird, SEAR in dem Bereich eine „strahlende Zukunft“ haben wird: „Auch der Rückbau, die Zwischen- und schlussendlich die Endlagerung müssen abgesichert werden.“ Doch nicht nur Nuklearanlagen will SEAR absichern: Das Bundeskabinett hat erst in der vergangenen Woche den Entwurf für ein neues Gesetz zum Schutz kritischer Infrastruktur abgesegnet. Bund und Länder sollen nun prüfen, welche Anlagen und Einrichtungen besonders geschützt werden müssen - auch angesichts der Weltlage, angesichts hybrider Bedrohungen. „Wir reden auch über Gasnetze, Umspannwerke, Lager, Krankenhäuser und vieles mehr, das wir zum Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft benötigen“, sagt der SEAR-Chef. Aktuell hat das Unternehmen über alle Geschäftsbereiche rund 100 Millionen Euro an Aufträgen im Bestand, macht rund 40 Millionen Euro Umsatz mit rund 270 Mitarbeitern.

Wörter: 498
Autor/-in: Andreas Meyer
tmt6ki94bhbwgp14kf1oj0r
Seite: 17
Ressort: Mecklenburg-Vorpommern
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 16.436 (gedruckt)¹
19.797 (verkauft)¹
21.244 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,04382 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

AKW Hamm-Uentrop

Betreiber des Atomkraftwerks Hamm-Uentrop ist insolvent

Der teure Rückbau des Pannenmeilers in Hamm-Uentrop hat die Insolvenz des Betreibers ausgelöst. Wer trägt jetzt die Kosten?

Das Atomkraftwerk Hamm-Uentrop wurde 1983 eingeweiht und nach zahlreichen Pannen schon sechs Jahre später – nach lediglich 16.500 Betriebsstunden – stillgelegt. Doch bis heute sorgt der Rückbau des Meilers für Ärger – und nun auch für die Insolvenz der Betreibergesellschaft Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG). Das Unternehmen habe beim zuständigen Insolvenzgericht Dortmund einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt, bestätigte HKG-Geschäftsführer Volker Dannert auf Anfrage.

Das Gericht setzte den Juristen David Bunzel von der Kanzlei Husemann & Partner als vorläufigen Insolvenzverwalter ein. Bunzel plant, sich zunächst „einen umfassenden Überblick zur wirtschaftlichen Gesamtsituation“ zu verschaffen.

Die Betreibergesellschaft, hinter der der Energiekonzern RWE und einige Stadtwerke stehen, hatte zuvor vom Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen die Übernahme der Kosten für den Abbau der Anlage sowie für die Entsorgung und Endlagerung des strahlenden Materials gefordert. Eine alte Schätzung bezifferte die Kosten noch

auf 350 Millionen Euro, sie dürften aber deutlich darüber liegen. Von über 750 Millionen bis zu einer Milliarde Euro war in der Vergangenheit die Rede.

Eine entsprechende Klage scheiterte 2024 vor dem Landgericht Düsseldorf. Die Berufung wurde im Juni 2025 vom Oberlandesgericht Düsseldorf abgewiesen. „Damit steht die HKG unverändert vor der Situation einer ungeklärten Finanzierung der Restabwicklung des einst von Bund und Land NRW initiierten und vorangetriebenen Forschungsprojekts“, so Dannert. Daher sah er sich gezwungen, Insolvenz anzumelden.

Reaktor-Abriss: Wer trägt die Kosten?

Damit bleibt aber weiterhin offen, wer am Ende die Kosten für den Abriss des stillgelegten Thorium-Hochtemperaturreaktors trägt. Die HKG-Gesellschafter sehen sich nicht in der Pflicht, einzuspringen. „Die Gesellschafter der HKG sind über die bereits geleisteten Beiträge hinaus nicht zu weiteren Zahlungen verpflichtet“, heißt es dazu etwa vom Energiekonzern RWE.

HKG-Geschäftsführer Dannert verweist wiederum auf den Bund und das Land

NRW: Man habe nichts unversucht gelassen, durch Verhandlungen mit den Rahmenvertragsparteien eine Insolvenzanmeldung zu vermeiden. „Da diese Gespräche jedoch bislang ohne Ergebnis geblieben sind, ist es nun Sache der für die Kernenergie zuständigen Behörden beim Bund und im Land NRW, die weitere Abwicklung zu organisieren“, so Dannert.

Der Hochtemperaturreaktor THTR sollte die Zukunft der atomaren Energieversorgung werden, erwies sich aber als Fehlkonstruktion. Die kugelförmigen Brennelemente zerbröselten. Es kam immer wieder zu Betriebsausfällen. Das Kraftwerk wurde stillgelegt und nach der Entfernung der Brennelemente 1997 sicher eingeschlossen, also quasi versiegelt. Wegen der hohen Strahlenbelastung soll frühestens Ende 2030 mit dem Rückbau des Kraftwerks begonnen werden. Dieser soll wiederum knapp zehn Jahre dauern.

Lesen Sie auch:

[Das Comeback der Kernkraft – muss Deutschland wieder einsteigen?](#)

Wörter:	423	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Henryk Hielscher	Visits (VpD):	344.006 ¹
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD):	95.000 ²
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.wiwo.de/unternehmen/energie/akw-hamm-uentrop-betreiber-des-atomkraftwerks-hamm-uentrop-ist-insolvent/100157627.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Betreiber von Kernkraftwerk insolvent

Abbruch der stillgelegten Anlage in Hamm kostet Hunderte Millionen Euro

Hamm – Die Betreibergesellschaft des seit 1989 stillgelegten Kernkraftwerks Hamm-Uentrop ist insolvent. Die Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH (HKG) hat beim zuständigen Insolvenzgericht Dortmund einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Dies machte das Amtsgericht am Dienstag öffentlich. Dem Steuerzahler droht nun womöglich ein Milliarden-Grab. Der ab 2030 über zehn Jahre geplante Abbruch des Kraftwerks kostet mehrere Hundert Millionen Euro.

Die Betreibergesellschaft, hinter der der Energiekonzern RWE und einige Stadtwerke stehen, hatte zuvor vom Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen die Übernahme der Kosten für den Abbau sowie für die Entsorgung und Endlagerung des strahlenden Materials gefordert. Doch eine entsprechende Klage scheiterte 2024 vor dem Landgericht Düsseldorf. Die Berufung wurde im Juni 2025 vom Oberlandesgericht Düsseldorf abgewiesen. „Damit steht die HKG unverändert vor der Situation einer ungeklärten Finanzierung der Restabwicklung des einst von Bund und Land NRW initiierten und vorangetriebenen Forschungsprojekts“, wird HKG-Geschäftsführer Volker Dannert in der „Wirtschaftswoche“ zitiert. Daher sah er sich gezwungen, Insolvenz anzumelden.

Es geht bei der Hammer Hinterlassenschaft um sehr viel Geld. 350 Millionen Euro waren ursprünglich einmal hierfür vorgesehen, 2021 war im NRW-Landtag offiziell von 753 Millionen Euro Gesamtkosten die Rede. Inzwischen wird ein Milliardenbetrag kolportiert.

Das Amtsgericht setzte den Juristen David Bunzel von der Kanzlei Husemann & Partner als vorläufigen Insolvenzverwalter ein. „Ziel des Verfahrens ist es, die bisherige geordnete Stilllegung des Kernkraftwerkes durch Herstellung und Aufrechterhaltung des Betriebes des sogenannten sicheren Einschusses fortzusetzen und den planmäßigen Rückbau (...) zu sichern“, heißt es in einer Pressemitteilung der Kanzlei.

Zu Beginn des vorläufigen Verfahrens werde man sich einen umfassenden Überblick zur wirtschaftlichen Gesamtsituation machen und die Stabilisierung des Geschäftsbetriebs in den Fokus rücken. „In Abstimmung mit allen Beteiligten“ sollen dann „geeignete Lösungsoptionen“ entwickelt werden. Löhne und Gehälter der Mitarbeiter der Betreibergesellschaft seien im Rahmen des vorläufigen Verfahrens gesichert.

Der Reaktor nahe der A2 war nur wenige Monate am Netz, doch er verursacht immense Kosten. 441 Millionen Euro sind seit der Stilllegung in den sicheren Einschuss geflossen. Der Bund trug davon 133 Millionen Euro, das Land 152 Millionen Euro und die Gesellschafter der HKG 156 Millionen Euro.

Offen ist, wer am Ende die Kosten für den Abriss trägt. Die HKG-Gesellschafter sehen sich nicht in der Pflicht. HKG-Geschäftsführer Dannert verweist auf den Bund und das Land NRW: Man habe nichts unversucht gelassen, durch Verhandlungen mit den Rahmenvertragsparteien eine Insolvenzanmeldung zu vermeiden. „Da diese Gespräche jedoch bislang ohne Ergebnis geblieben sind, ist es nun Sache der für die Kernenergie

zuständigen Behörden beim Bund und im Land NRW, die weitere Abwicklung zu organisieren“, so Dannert.

Das NRW-Wirtschaftsministerium stellte aus Sicht der Atomaufsicht klar: „Die nukleare Sicherheit des THTR ist von der Insolvenz nicht betroffen, sie ist weiter gewährleistet.“ Falls die HKG notwendige Maßnahmen nicht mehr selbst umsetzen könne, werde die Aufsicht über sogenannte Ersatzvornahmen eingreifen. Dafür habe das Land vorsorglich einen Rahmenvertrag mit einem qualifizierten Fachunternehmen abgeschlossen, das jederzeit Maßnahmen übernehmen kann. ALEXANDER SCHÄFER

Fünf Gesellschafter stecken hinter der HKG

Die HKG hat fünf Gesellschafter. Einer davon ist die **Mark E Aktiengesellschaft**. Sie hat 26 Prozent der Anteile. Die Mark E ist eine Tochter der Enervie, an der die Stadt **Lüdenscheid als Aktionärin** mit 24,12 Prozent beteiligt ist. 14,16 Prozent der Anteile verteilen sich auf Altena, Plettenberg, Halver, Schwerte, Kierspe, Herdecke, Schalksmühle und Herscheid. Weitere Gesellschafter der HKG sind **RWE Nuclear GmbH**, Gemeinschaftskraftwerk Weser GmbH & Co. OHG, Gemeinschaftswerk Hattingen GmbH (WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH, RWE Power Aktiengesellschaft) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft.

Wörter:	481	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	8	Auflage:	14.892 (gedruckt) ¹
Ressort:	NRW		17.699 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		17.897 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		0,06166 (in Mio) ²
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Westfälischer Anzeiger

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Endlager noch nicht offen

Brennelementefertigung in Lingen: Warum bei ANF Fässer mit Abfall aus 50 Jahren lagern

Seit 50 Jahren hat das Unternehmen Advanced Nuclear Fuels (ANF) seinen Standort in Lingen, fast ebenso lange werden dort Brennelemente für Kernkraftwerke gefertigt. Doch wohin mit den Abfällen? Schwach radioaktive Reststoffe wie Schlacke, Filtervlies und Co. werden in Fässern gesammelt. Dafür braucht es perspektivisch auch mehr Platz.

Normalerweise wird das Thema Endlagerung mit Kernkraftwerken und ausgebrannten Brennelementen assoziiert. Allerdings: Auch im Prozess der Fertigung von Tabletten, Brennstäben und Co. – und perspektivisch beim Rückbau des Unternehmens, wenn die Produktion von Brennelementen irgendwann mal eingestellt wird – fällt schwach- und mittelradioaktiver Abfall an. Beim Nachbarschaftstag hat Advanced Nuclear Fuels (ANF) in Lingen auch das zum Thema gemacht.

An unterschiedlichen Stationen haben Mitarbeiter den rund 1600 Besuchern einen Einblick ins Unternehmen gegeben – von der Fertigung von Tabletten für die Brennstäbe bis zur Montage der Brennelemente und das Vorhaben, sogenannte WWER-Elemente künftig am Standort zu produzieren. Und auch das Thema Abfälle wurde zum ersten Mal mit aufgenommen.

Viele Betriebsabfälle, die schwach radioaktiv seien, gäbe es aber nicht, erklärt ein Mitarbeiter an diesem Nachmittag. Wenn man sich alles zusammen anschau, müssten weniger als etwa 0,4 Prozent der erzeugten Reststoffe eingelagert werden.

Möglich ist das allerdings bislang nicht. Obwohl schon 1975 im ehemaligen Erz-

bergwerk Schacht Konrad die wissenschaftlichen Vorerkundungen für die Eignung als Endlager für eben jene Abfälle begann – in dem Jahr, als die damalige Exxon Nuclear Fuels GmbH, das ANF-Vorgänger-Unternehmen, in Lingen gegründet wurde. „Daher müssen wir hier lagern“, erklärt der Mitarbeiter. Seit Beginn der Produktion sind so bereits einige hüfthohe gelbe Fässer zusammengekommen.

Schwach radioaktive Abfälle werden in Fässern gelagert

Doch was sind das für radioaktive Abfälle, die in den gelben Behältern warten? Beim Nachbarschaftstag hat ANF ein paar Dinge exemplarisch für die Besucher auf einem Tisch ausgebreitet. Ein Teil eines Luftfilters ist dabei. Solche sind beispielsweise in Abluftanlagen an jeder Anlage eingebaut, an der Uran verarbeitet wird. Dazu gehört unter anderem jene, an der die Urantabletten geschliffen werden. Mit diesen werden später Brennstäbe befüllt.

Diese Filter – mit Uran kontaminiert – müssen speziell entsorgt werden. Sie landen allerdings nicht in Gänze im Fass. „Die Filter werden in ihre Einzelteile zerlegt“, erklärt der Mitarbeiter an der Station. Filtervlies, Kartonbox und Drahtgewebe – für manche dieser Teile gibt es bereits Möglichkeiten zur Entsorgung oder zum Recycling, für andere nicht. Der Karton beispielsweise werde zerkleinert und in ein Schwerkraftwerk nach Richland in den USA geschickt, erfahren die Besucher an diesem Tag. „Dort gibt es eine Uranrückgewinnungsanlage. In einem Verbrennungsprozess ist es möglich, das Uran zurückzugewinnen und zu recyceln.“ Dieses werde dann wieder in der Fertigung eingesetzt.

Fässer werden regelmäßig geöffnet und begutachtet

Auch für Metalle gebe es eine ähnliche Aufbereitungsmöglichkeit. Ein Betrieb in Deutschland sei dafür zertifiziert und dürfe diese „dekontaminationsschmelzen“. Das heißt im Klartext: Das Metall wird nach Sorten eingeschmolzen und das Uran konzentriert sich in der Schlacke, erklärt der Mitarbeiter. So bleibe 90 Prozent sauberes Metall und 10 Prozent Schlacke zurück. Letztere gehe zurück an ANF – und muss eingelagert werden.

Nicht recycelt werden könne das nicht brennbare Filtervlies. Jedes wird einzeln in einer stabilen Tüte verpackt und kommt zu anderem Filtervlies ins Fass – denn die Behälter werden sortenrein befüllt. „Das ist zwar viel Volumen, sorgt aber auch dafür, dass die Fässer einfacher wieder geleert werden können“, so der Mitarbeiter. Denn das stehe regelmäßig an – zum ersten Mal nach 20, danach alle zehn Jahre –, wenn die Fässer von der ANF zusammen mit einem externen Sachverständigen auf Beschädigungen überprüft werden.

ANF braucht neues Gebäude für die Lagerung der Fässer

Noch hat ANF auf dem Betriebsgelände Platz, um die bereits gefüllten Fässer zu lagern. Das Unternehmen plant aber für die Zukunft – und die Tatsache, dass die gelben Behälter perspektivisch in speziellen, sogenannten Konrad-Container verstaut werden müssen. Denn nur sie sind für die Einlagerung zugelassen. Drei Meter lang, 1,70 Meter breit und 1,45 Meter hoch werden die Stahlcontainer sein.

„Da passen 14 unserer Fässer liegend rein“, sagt der Mitarbeiter. „Diese Konrad-Container können wir zurzeit auf

dem Gelände aber noch nicht handhaben. Dafür brauchen wir eine neue Infrastruktur.“ Zumal die Container später bis zu 20 Tonnen schwer werden könnten. Erst dann, wenn für die Endlagerung „gepackt“ wird, wird auch der Inhalt der Fässer komprimiert. „Das reduziert das Volumen deutlich.“

Für diese Infrastruktur und Stellplätze soll perspektivisch auf dem Werksgelände eine neue Halle entstehen. Auf einem Luftbild hat das Unternehmen die aktuellen und das geplante Gebäude markiert, um die Pläne zu veranschaulichen. Einen Antrag für die Baugenehmigung der Halle muss ANF noch stellen. Das niedersächsische Umweltministerium muss für das Vorhaben eine atomrechtliche Genehmigung erteilen.

Die neue Halle soll so ausgelegt sein, dass letztlich alle Abfälle dort gelagert werden können, bis sie vom Endlager abgerufen werden, so der Mitarbeiter.

Insgesamt hat sich ANF 936 der 303.000 Kubikmeter im Schacht Konrad reserviert – ein Würfel mit einer Kantenlänge von nicht einmal zehn Metern. „Wir kriegen auch keinen Kubikmeter mehr.“ Dafür zahle man schon jetzt „Miete“, eine sogenannte Endlager-Vorausleistung.

Manch ein Abfall bei ANF ist für andere wertvoll

Und was passiert mit den übrigen Abfällen am Standort? 99,6 Prozent können konventionell entsorgt werden, erklärt der Mitarbeiter. Manche haben sogar einen Wert, wie die Flusssäure, die bei der sogenannten Konversion entsteht. Das ist der Prozess, bei dem aus Uranhexafluorid Uran-dioxid-Pulver wird. Dieses wird zu Tabletten verarbeitet, mit denen die Brennstäbe befüllt sind.

„Chemiebetriebe nehmen uns die Flusssäure gerne ab“, erzählt der Mitarbeiter.

Selbst das Abwasser des Bürotrakts gelte als Reststoff und werde unterirdisch in einem Verweilbecken gesammelt und beprobt. Erst dann werde es irgendwann ans Klärwerk abgegeben.

Eine spezifische Freigabe brauchen minimal kontaminierte Abfälle, wie beispielsweise Arbeitsanzüge aus der Fertigung oder Bauschutt. Erstere gehen in die Müllverbrennung, zweitere auf eine darauf ausgelegte Deponie. Die Strahlendosis wird in Mikrosievert pro Jahr gemessen und darf den Grenzwert von weniger als zehn nicht überschreiten. „Um das ins Verhältnis zu setzen: Jeder Mensch ist in Deutschland jedes Jahr einer natürlichen Strahlung von etwa 2100 Mikrosievert ausgesetzt“, so der Mitarbeiter. Zehn Mikrosievert entsprechen etwa einem Tag Höhenstrahlung in den Alpen.

Wörter:	1.030	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Nina Kallmeier https://www.noz.de/kontakt/autor/Nina-Kallmeier-20001213	Visits (VpD):	281.179 ¹
Rubrik:	Lingen	Unique Users (UUpD):	49.000 ²
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://www.noz.de/lokales/lingen/artikel/warum-bei-anf-1800-faesser-reststoffe-lagern-und-es-mehr-werden-49247027		
¹	von PMG gewichtet 07-2025		
²	gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+		

Kommentar

Sicherheitstechnik gefragt

Nahezu täglich erschrecken uns Berichte über Angriffe im Netz, unbekannte Drohnen, Sabotage. Folge: Politik und Unternehmen rüsten sicherheitstechnisch auf. Gut, dass daran auch Firmen aus MV verdienen, meint OZ-Redakteur Thomas Luczak.

Nahezu täglich erschrecken uns Berichte über Angriffe im Netz, unbekannte Drohnen, Sabotage. Folge: Politik und Unternehmen rüsten sicherheitstechnisch auf. Gut, dass daran auch Firmen aus MV verdienen, meint OZ-Redakteur Thomas Luczak.

Die Sicherheitslage in Westeuropa scheint so heikel wie seit Jahrzehnten nicht: Immer wieder wird über Spionage, Cyberangriffe, Drohnenüberflüge, Sabotageakte berichtet. So ist es nur folgerichtig, dass Politik und Wirtschaft sicherheitstechnisch aufrüsten. Gut, dass daran auch Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern partizipieren. Die SEAR GmbH mit Sitz in Rostock zum Beispiel: Zu DDR-Zeiten Spezialist für Schaltanlagen, haben die Experten ihre Geschäftsfelder seither stetig erweitert. Neben Automatisie-

rung, Energie- und Industrietechnik gehört mittlerweile auch Sicherheitstechnik zum Leistungsprofil. Das Zwischenlager Nord bei Lubmin und andere kerntechnische Anlagen haben die Spezialisten bereits mit Sicherheitssystemen ausgerüstet, jetzt folgt ein neues Labor für nukleare Sicherheit in Karlsruhe. Inhalt des millionenschweren EU-Auftrags: Brandschutz- und Kontrollanlagen, Detektoren, Überwachungstechnik. Jobs für absolute Experten. Und zugleich ein boomender Markt: Industriebetriebe, Krankenhäuser, Wasser- und

Gasversorger, Pipelines, Datenleitungen, Kraft- und Umspannwerke, Flughäfen, Militär-, Polizei- und Bahnanlagen - die Liste der Einrichtungen, die künftig besser geschützt werden müssen, scheint schier endlos. Staatliche Akteure, Extremisten, Terroristen und andere Kriminelle, aber auch die sprichwörtlichen dummen Jungen können in unserer hochsensiblen, vernetzten Welt erheblichen Schaden anrichten. Viel zu tun für die Rostocker.

Wörter: 215
Autor/-in: Thomas Luczak
tmt6v4w3wnn44133gxxn2w
Seite: 5
Ressort: Dialog
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 16.436 (gedruckt)¹
19.797 (verkauft)¹
21.244 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,04382 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 07/2025
² von PMG gewichtet 7/2025